

Prof. Dr. Klaus M. Schmals

Souveräne KonsumentInnen auf dem Wohnungsmarkt – Die Utopie ist tot, es leben die Utopien?

Wohl selten öffnete sich in Deutschland die Schere zwischen Modernisierungspotenzialen und Modernisierungsfortschritten so offenkundig wie zurzeit. In den folgenden Ausführungen liegt der Schwerpunkt darauf, einen möglichen Weg in eine sozial gerechtere, umweltschonendere und aushandlungsbereitere Zukunft am gesellschaftlichen Veränderungsprozess von der „Arbeits- in die Zivilgesellschaft“, am Wandlungsprozess von eher kollektiven zu eher individualistischen Gesellschaften aufzuzeigen. Besonders eingegangen wird in diesem Zusammenhang einerseits auf die Gestaltungskraft souveräner KonsumentInnen auf dem Wohnungsmarkt, also auf einen Paradigmenwechsel der Wohnungspolitik, andererseits auf verantwortungsethische Positionen.

1. Modernisierungsblockaden und Verantwortungsethik

Aus der Perspektive von Philosophie, Soziologie, Politik, Architektur oder Wohnungsbau blicken wir auf eine lange Tradition der Utopieproduktion zurück. Sie musste – wie es Hans Magnus Enzensberger ausdrückte – in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts einer „melancholierreichen Ratlosigkeit“ Platz machen. Gegenwärtig aber nimmt das Interesse an Utopien – wenn gleich langsam und neu ausgerichtet – wieder zu: Beispiele hierfür sind integrierende und integrierte Programme und Projekte wie „Die soziale Stadt“, „Stadt 2030“, „Stadtumbau Ost“ oder „3stadt2“.

Ursachen für entsprechende Ermüdungserscheinungen sehe ich einerseits in der „Entwertung“ progressiver – sozialistischer und sozialdemokratischer – Programme, Bewegungen und Projekte sowie in der unzureichenden Bereitschaft von Politik und Verwaltung, gesellschaftliche Modernisierungsblockaden abzubauen bzw. progressive Reformbemühungen zu unterstützen. Aufbruchspotenziale und Aufbruchsbemühungen entstehen andererseits durch die zunehmende Zerstörung unserer äußeren, inneren, vermittelnden und zukünftigen Lebenswelt und im Individualisierungsprozess unserer Gesellschaft bzw. im zivilen Bemühen souveräner Bürger und Bürgergruppen, die Gestaltung der Gesellschaft stärker in die „eigenen Hände“ zu nehmen und diese nicht ausschließlich partei- und verbandspolitisch gefesselten PolitikerInnen und FunktionärInnen zu überlassen (vgl. R.D. Putnam (Hg.), 2001 und Klages/Gensicke 1999).

Im letzteren Zusammenhang wird der Versuch unternommen, Wege aus der „Modernisierungsfalle“ zu suchen, wie sie frühzeitig von K. Wahl (1989) oder C. Offe (1986) ausgeleuchtet wurden. Modernisierungsfällen meinen „gesellschaftliche Blockaden“, durch die wir trotz permanenter Modernisierungsversprechen, trotz vorhandener Mittel, Instrumente und erfolgreich erprobter Projekte gefangen sind bzw. behindert werden. Wohl selten öffnete sich in Deutschland die Schere zwischen Modernisierungspotenzialen und Modernisierungsfortschritten so offenkundig wie zurzeit.

Einen möglichen Weg in eine sozial gerechtere, umweltschonendere und aushandlungsbereitere Zukunft möchte ich am gesellschaftlichen Veränderungsprozess von der „Arbeits- in die Zivilgesellschaft“ (vgl. Rödel/Frankenberg/Dubiel, 1989 und U. Beck, 1999), am Wandlungsprozess von eher kollektiven zu eher individualistischen Gesellschaften aufzeigen. Meine besondere Aufmerksamkeit werde ich dabei einerseits auf die Gestaltungskraft souveräner KonsumentInnen auf dem Wohnungsmarkt, also auf einen Paradigmenwechsel der Wohnungspolitik richten (vgl. K.M. Schmals 2001 a und b). Andererseits beziehe ich – mit Hans Jonas (1984) – eine verantwortungsethische Position in meine Überlegungen ein. Dabei meint das „Prinzip Verantwortung“ in Abgrenzung zum „Prinzip Hoffnung“ von Ernst Bloch die „als Pflicht anerkannte 'Sorge' um ein anderes Sein“ (H.Jonas, 1984, S. 390 f.).

2. Globaler Rückschritt trotz lokaler Fortschritte?

Die Tatsache, dass wir in einer verstädterten (Welt-)Gesellschaft leben (vgl. Hall/Pfeiffer, 2000), ist nach meinen Erfahrungen eine zumindest in zweifacher Hinsicht wichtige Ausgangsposition für diesen leitbildzentrierten Beitrag. So werden – auf der einen Seite – die zentralen Probleme unserer Gesellschaft – wie Massenarbeitslosigkeit, Zugangs- und Verteilungsprobleme auf dem Wohnungsmarkt, selektive Mobilität, Segregation sozialer Gruppen, Energieverschwendung, Umweltzerstörung, Korruption, Isolierung, Vereinsamung und Erkrankung vieler Bürger in mangelhaft ausgestatteten Siedlungsräumen – auf der städtischen Ebene erzeugt (vgl. U. Beck, 1986 und 1995 sowie K.M. Schmals, 1995). Dazu ein seit langem bekanntes Ergebnis aus der Wohn- und Umweltforschung: „Den Autos entweichen unter anderem krebserzeugende Dioxine und Benzole sowie gif-

tige Schwermetalle wie Blei und Cadmium. (...) In Familien, die an verkehrsreichen Straßen wohnen, häufen sich Allergien und Atemwegkrankungen. Oftmals haben die Kinder, wie Untersuchungen aus Köln belegen, auch einen erhöhten Benzolgehalt im Blut. Sie sind mithin einem stärkeren Leukämierisiko ausgesetzt als ihre Kinder in der Provinz" (DER SPIEGEL, 1991, S. 186).

Sehen wir uns in deutschen Städten mit Blick auf zukunftsorientierte Anforderungen um, so finden wir – auf der anderen Seite der Medaille – seit geraumer Zeit zahllose erfolgreiche und innovative Projekte, Projektverbünde und Zukunftsentwürfe, die den verantwortungsbewussten Umbau unserer Gesellschaft zum Ziel haben. Wir treffen u.a. auf den wegweisenden Beitrag „Zukunftsfähiges Deutschland“ (vgl. BUND/Miserior (Hg.), 1996), auf den Abschlussbericht „Bürgergesellschaft“ der Enquêtekommission des Deutschen Bundestages (vgl. ders., 2002), auf den programmatischen Tagungsband „Mehr Transparenz auf dem Wohnungsmarkt“ (vgl. vhw, 1999) oder auf das Netzwerk aus mehr als 100 Projekten der „Internationalen Bauausstellung Emscher Park“ (R. Kreibich u.a. (Hg.), 1994).

Weiterhin machen realisierte Einzel- und Netzwerkprojekte auf bürgerschaftliche Gestaltungspotenziale, die in unserer Gesellschaft ungenutzt brachliegen, aufmerksam:



Eggesin/Berlin



Karlsbad/Berlin



Französisches Viertel/Tübingen/Südstadt



Kronsberg/Hannover

- Beim „Breul“ in Münster wurde Wohnraum durch die Selbsthilfe von Bürgern umgebaut und modernisiert, wodurch ein lokales Netzwerk mit großen Integrationspotenzialen entstand (vgl. vhw Forum Wohneigentum, 2001, S. 206).
 - An der Vaaler Straße in Aachen entstand das ökologisch und sozial orientierte Projekt „Gemeinsames Wohnen von Jung und Alt“ (1997).
 - „Am Karlsbad“ in Berlin-Tiergarten wohnen und arbeiten Bürger heute gleichermaßen in einem modernisierten Fabrikgebäude oder in der Gemeinde Eggesin wurden Plattenbauten behutsam und markt- bzw. nutzerorientiert saniert (vgl. M. Gruner 2002, S. 26 f. und W. Stehlau 2002, S. 28 f.).
 - In allen Bundesländern werden – quer hierzu – inzwischen – wenn auch wenig bekannt in der Öffentlichkeit – Modelle der Eigentumsförderung im Wohnungsbau angeboten, die die Wohneigentumsbildung auch niedrig- und normalverdienender Haushalte vorsehen.
 - In der Großsiedlung „Märkisches Viertel“ in Berlin saniert die verantwortliche Wohnbaugesellschaft ihren Wohnbestand im Interesse und zusammen mit den Bewohnern. So konnte deren Wegzug gestoppt und der Leerstand in dieser Trabantstadt reduziert werden.
 - Nicht zuletzt entstand im Rahmen der Weltausstellung in Hannover auf dem Kronsberg ein innovatives Stadtquartier. Mit ihm wurde ökologische Effektivität, ökonomische Effizienz und sozio-kulturelle Integration im Sinn nachhaltiger Stadtteilentwicklung vorgeführt (vgl. P. Heise 2002).
 - Weitere zukunftsweisende Projekte – nun schon im Siedlungsformat – finden wir in der „Tübinger Südstadt“ (vgl. A. Feldtkeller, 1995), auf den „Rieselfeldern“ oder in der „Vauban-Siedlung“ in Freiburg und „Auf der Dönche“ in Kassel.
- In den Vordergrund treten somit verantwortungsbewusste Leitbilder, Ideen und Projekte gegenüber unserer Zukunft, gegenüber unseren Mitmenschen und gegenüber uns selbst. Gegenwärtig sind sie nur verinselt in unserer Gesellschaft zu besichtigen. Politik und Verwaltung könnten sich bei der Entwicklung neuer Wohnbaukonzepte systematisch und aktiv an ihnen orientieren.

3. „Aufgeklärte Ratlosigkeit“ (J. Habermas) in einer Welt voller Chancen

Wo man hinsieht – wenn Mann/wenn Frau will – trifft man auf Projekte und Projektverbünde, denen das Ziel einer Entlastung der Umwelt, einer bedürfnisgerechteren Versorgung der Bevölkerung, einer Entbürokratisierung der Wohnbauverwaltung sowie einer Aktivierung und Selbstverwaltung des Bürgers gelingt. Zu beobachten sind Projekte, in deren Rahmen – oftmals auch gegen den langjährigen Widerstand von Politik und Verwaltung –

demokratische, soziale und ökologische Ziele gleichermaßen verfolgt wurden (vgl. Konzepte der „nachhaltigen Stadt“, der „Stadt der kurzen Wege“ oder der „sozialen Stadt“ (vgl. K.M. Schmals, 2000). Für viele Bürger handelt es sich dabei insofern um Utopien, als sie in unserer in vielerlei Hinsicht erstarrten Gesellschaft progressive Veränderungen in Richtung eines besseren Lebens aufgrund bestehender Möglichkeiten fast nicht mehr für möglich halten.

Wie kann es geschehen, dass sich die Vielzahl der in Modellprojekten gewonnenen Erfahrungen in dieser Gesellschaft nur so begrenzt auswirkt? Wo liegen die Gründe dafür, dass sich in einer Gesellschaft, die immer reicher wird, die voller Möglichkeiten, Ideen und realisierter Projekte ist, soziale Ungleichheit vertieft, sich in großer Geschwindigkeit entdemokratisiert, polariert und entsolidarisiert, sich leichtfertig vom – möglicherweise nie ausreichend verstandenen oder akzeptierten – Grundkonsens „Sozialer Rechtsstaat“ abwendet?

Dies kann nicht nur auf das vielschichtige Versagen der „Parlamentarischen Demokratie“ bzw. auf die im Kampf um Wählerstimmen verkommenen PolitikerInnen und BürokratInnen oder auf das Desinteresse immer größer werdender Gruppen der Bevölkerung an sozialer Gerechtigkeit zurückgeführt werden. Gründe hierfür können auch nicht ausschließlich im eventuell eingetretenen Verlust an Utopien in unserer Gesellschaft liegen, obwohl hier sicher das ungleichzeitige Zusammenbrechen klassischer Utopieträger wie der osteuropäischen Staatshandelsländer, der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, der Sozialdemokratie oder der Gewerkschaften Vorschub geleistet hat.

Sind uns weitere plausible Verursachungszusammenhänge bekannt? Sind es die besitzenden Bürger der 4/5-Gesellschaft? Sind sie zu ausschließlich mit ihrer Besitzstandswahrung bzw. Besitzstandsmehrung beschäftigt? Vernachlässigen sie dabei das politische, soziale oder ökologische Umsichherum – jedenfalls solange sie nicht in Mitleidenschaft gezogen werden? Oder sind die Arbeits-, Ausbildungs- und Versorgungsstrukturen, die gesellschaftlichen Normen und Werte bereits so unübersichtlich und fragmentiert, die Struktur der sich „individualisierenden Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft“ so heterogen geworden, dass allgemein verbindliche oder gruppenübergreifende Utopien und Gestaltungsvorschläge für eine gerechtere Gesellschaft – denen zu folgen es sich lohnen könnte – verunmöglicht werden? Oder bringen wir vor dem Strukturwandel der Gesellschaft einfach die Kraft nicht auf, um uns von traditionalistischen, zumeist kollektivistischen Utopien zu lösen und uns milieu- und lebensstilzentrierten Utopien – einem Diskurs unterschiedlicher Lebensmöglichkeiten – zu öffnen? Fragen, deren Beantwortung für die Entwicklung von zukunftsorientierten Konzepten der Stadt, Arbeitsmarkt- oder Wohnungsmarktentwicklung von konzeptioneller Bedeutung ist.

4. Die Utopie ist tot, es leben die Utopien

Wilhelm Voßkamp (Hg., 1985, S. 7) verweist darauf, dass Utopien nicht wie selbstverständlich und automatisch auf „Humanität“ zielen. Utopien – so Helmut Jenkis (1992, S. 452 ff.) – thematisieren u.a. auch „barbarische Rassenideologien“. Der sog. „völkische Wohnungsbau“ oder die sog. Kolonialisierung des „Warthegaus“ im Dritten Reich stellen diesbezüglich warnende Beispiele dar (vgl. K.M. Schmals (Hg.), 1997).

Denken in Utopien, utopische Vorstellungen sind so alt wie menschliches Denken, die Antizipation des Vorstellbaren, Gewünschten oder Verbotenen selbst. Utopien stellen Zukunftsprojektionen und alternative Denkansätze gegenüber dem lebensbedrohlichen Alltag der Gesellschaft dar. Der „Staat“ von Platon, „Utopia“ von Th. Morus, der „Sonnenstaat“ von T. Campanella, das „Haus Salomon“ von F. Bacon, „Richelieu“ – die Idealstadt des gleichnamigen französischen Kardinals im 17. Jahrhundert – von J. Lemercier, die „Charta von Athen“ in der Bearbeitung von Le Corbusier, die sich im „Diskurs um Verständigung bemühende Kommunikationsgemeinschaft“ von J. Habermas oder die Idee einer „Zivilgesellschaft“ zeichnen eine lange Kette utopischer Phantasieproduktion, gesellschaftlicher Kritik, „menschlicher Hoffnungen“, Träume, Prophezeiungen und Wünsche nach. Sie vermitteln uns ein historisches Bild der Auseinandersetzungen mit Macht, Herrschaft und Gewalt einerseits, mit sozialer Gerechtigkeit, sozialer Gleichheit oder mit „Ideen vom besseren Leben“ andererseits.

Blicken wir etwas differenzierter auf die „Geschichte abendländischer Utopien“, so verzeichnen wir Staatsutopien (bei Platon), religiöse Utopien (bei J.V. Andreae), Sozialutopien (bei E. Cabet), wissenschaftlich-technische Utopien (bei F. Bacon), pädagogische Utopien (bei J.J. Rousseau), baulich-räumliche Utopien (bei V. Tatlin oder El Lissitzky) oder baulich-ästhetische Utopien (bei W. Gropius, P. Mondrian oder P. Oud). Utopien beinhalten in der Regel eine politische, ökonomische oder kulturelle Kritik an der bestehenden Gesellschaft und versuchen – aufbauend auf ausgewählten Kategorien wie Vernunft und Rationalität (bei R. Descartes), naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten (bei F. Bacon), der Staatsraison (bei Richelieu) oder Glaubenssätzen (bei T. Müntzer) – eine andere bzw. bessere gesellschaftliche Zukunft durchzuspielen bzw. vorzutragen.

Uns bekannte Utopien sind mit wenigen Ausnahmen – vgl. das Konzept der „Phalangen“ bei Ch. Fourier – kollektivistisch ausgerichtet (vgl. F. Bollerey, 1991). Diese Perspektive ist sicher auch der sozialstrukturellen und religiösen Verfasstheit vergangener Gesellschaftsformationen geschuldet. Entsprechend neuerer Sozialstrukturanalysen (vgl. S. Hradil, 1990; U. Beck/E. Beck-Gernsheim, 1994; und G. Schulze, 1994) wandelt sich unsere Gesellschaft zzt. fundamental und folgenreich. Es verändern sich nicht nur die traditionellen Arbeits- und Familienstrukturen (von der Normal- zur Risikobiographie), sondern es entfaltet sich auch schrittweise ein Bewusstsein dafür, unsere „neuen Freiheiten“

gestalterisch umzusetzen: „Wo die alte Gesellschaftlichkeit 'verdampft', muß Gesellschaft neu erfunden werden. Integration wird hier also dann möglich, wenn man nicht versucht, den Aufbruch der Individuen zurückzudrängen – sondern wenn man, im Gegenteil, bewußt daran anknüpft und aus den drängenden Zukunftsfragen neue, politisch offene Bindungs- und Bündnisformen zu schmieden versucht: 'projektive Integration'" (U. Beck/E. BeckGernsheim, a.a.O., S. 35).

Utopien können sowohl „von oben“ (vgl. die Planung der Stadt Sabbioneta durch den Herzog V. Gonzaga in der Lombardei) als auch „von unten“ (vgl. den Stadtteil Christiania in Kopenhagen) entwickelt und durchgesetzt werden (vgl. H.-W. Krufft, 1989). Utopien können somit sowohl den Charakter des Totalitären und Absoluten annehmen als auch zukunfts offen, kritisch, kreativ und pluralistisch strukturiert sein. Ein Beispiel für den zuerst genannten Zusammenhang ist der Terror gegen den russischen Konstruktivismus und Subprematismus im Rahmen der stalinistischen Kulturpolitik in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts (vgl. H. Gaßner, 1992). Ein Beispiel für den zuletzt genannten Aspekt wäre das Phantasieamalgam der Hausinstand(be)setzungen in Berlin, Frankfurt/Main oder Hamburg. Sie brachten viele neue Ideen in die deutsche Stadterneuerungspraxis ein. An diesen wenigen Beispielen wird insbesondere auch die „Janusköpfigkeit des Utopischen“ einsehbar.

Utopien und räumliche Konzepte

Sehr viele Utopien finden sich in baulich-räumliche Gestaltungskonzepte, Idealstädte oder „Raumutopien“ eingebettet.

- Ich erinnere nur an den Pariser Stadtbau im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts durch den Stadtpräfekten Baron G.-E. Haussmann (vgl. W. Kieß, 1991). Durch ihn wurden Wohnquartiere, Plätze, Galerien, Straßen, Kaufhäuser, Fassaden und Wohnungsgrundrisse entsprechend des bürgerlichen Weltbildes im Zweiten Kaiserreich realisiert. Dabei wurde aufbauend auf modernen technischen und hygienischen Erkenntnissen insbesondere die bürgerliche „Konsumstadt“ ins Bild gesetzt.
- Zu erinnern ist weiterhin an Idealstädte für die Arbeiterklasse des „utopischen Sozialisten“ Robert Owen oder an Siedlungsleitbilder des Wohnungsreformers und Gartentheoretikers Ebenezer Howard, der eine konzeptionelle Vereinigung von Stadt und Land innerhalb eines „Dritten Weges der Ökonomie“ versuchte.
- Nicht zuletzt ist unser Interesse auf die für das 20. Jahrhundert so wichtige „Charta von Athen“ zu lenken. Mit ihr wurden Stadtteile, Städte und Regionen der kapitalistischen bzw. fordistischen Industriegesellschaft – auf der Basis europäischer Utopien – auf den Urbanität zersetzenden Begriff des „modernen Lebens“ gebracht. Bestimmungsfaktoren dieses städtebaulichen Leitbildes sind die im Raum ge-

trennten Funktionen Wohnen, Arbeiten und Erholung. Sie gilt es durch Bodenpolitik, durch die Organisation des Verkehrs sowie durch Planungs und Baurecht optimal zu entwickeln (vgl. T. Hilpert, Hrsg., ²1988, S. 154 ff.). Gekennzeichnet ist damit ein siedlungsstrukturelles Leitbild, das gegenwärtig seine „utopischen Energien“ schrittweise einbüßt.

Utopien und gesellschaftliche Revolutionen

Utopien standen historisch mehrmals in folgenreicher Beziehung zu gesellschaftlichen Revolutionen. So löste das Bürgertum – und damit „bürgerliche Wohnstile“ – mit der „Französischen Revolution“ den Feudaladel und damit feudalistische Wohnstile ab, oder es lösten die Funktionäre der „Arbeiterklasse“ mit der „Oktober-Revolution“ schrittweise den Feudaladel und das Bürgertum ab (womit wiederum eine Vielfalt „proletarischer Wohnkonzepte“ entstanden (vgl. z.B. das „Rote Wien“). Vor diesem Hintergrund ist es durchaus vorstellbar, dass „souveränen KonsumentInnen“ auf einem transparenten Wohnungsmarkt eine ähnlich prinzipielle Veränderung der Versorgung mit Wohnraum gelingen könnte, wie es mit der staatlichen Wohnungspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland mit dem „Sozialen Wohnungsbau“ gelang (vgl. Conradi/Zöpel, 1994).

Utopien und sozialer Wandel

Der Entwurf von Utopien ist – wie wir sehen – eng mit Sozialem Wandel, mit der Entwertung von Werten, mit den Krisenzyklen und Konfliktpotenzialen, aber auch mit den erkennbaren Gestaltungspotenzialen der Gesellschaft verknüpft. Nach D. Kondratieff (1926) – einem russischen Ökonomen – ist die „Geschichte des Kapitalismus“ im hypothetischen Rahmen von zumindest fünf Krisenzyklen, volkswirtschaftlichen Auf- und Abschwüngen bzw. „Langen Wellen“ der Entwicklung nachzuzeichnen. Diesen lassen sich – grob vereinfacht – bürgerliche, sozialistische, wohn- und bodenreformerische sowie technokratischbürokratische Wohnutopien zuordnen. Gefragt, welche die „Wohnraumutopie“ des gegenwärtig aktuellen „5. Kondratieff-Zyklus“, eines Zeitraums zwischen den Jahren von 1990 bis 2030 sein könnte, ließe sich – wie wir noch sehen werden – eine zivilgesellschaftliche und lebensstilzentrierte Utopie – als Netzwerk pluraler Ideen – skizzieren. Erkennbar ist bereits heute eine milieu- und lebensstilzentrierte Vielfalt der Wohnprojekte, wie sie lebensweltlich aus der Vielfalt gruppenspezifischer Interessen, Bedürfnisse und Ideen wachsen (vgl. M. Walzer 1992).

Utopien und Gesellschaftsformen

Nicht zuletzt ist – im Rahmen dieser noch sehr vorläufigen Überlegungen zum „Utopie“ Begriff – darauf aufmerksam zu machen, dass scheinbar nicht alle Gesellschaftsformationen – entspre-

chend der jeweils herrschenden Weltbilder – „utopiefähig“ waren oder sind. Dieses Faktum beschrieb einerseits Thomas Nipperday z.B. für das Mittelalter: „Im Mittelalter konnte es keine Utopien geben, denn Gottes Gerechtigkeit war in den Ordnungen des Lebens – wenn auch korrumpiert – gegenwärtig; eine innerweltlich bessere Ordnung konnte darum nicht eine grundsätzlich andere sein“ (ders., 1962, S. 364).

Jürgen Habermas verwies – in einer Rede vor dem spanischen Parlament – auf die „Erschöpfung utopischer Energien“ in der Gegenwart andererseits. In unserer jüngsten Vergangenheit verschmilzt – so seine bereits in den späten 60er Jahren vorgelegte These – „Utopie mit Technik und Wissenschaft zur eindimensionalen Totalität, sie wird zum Herrschaftsinstrument und zur Ideologie“ (ders., 1985).

Utopiegehalt der aktuellen Wohnungspolitik

Um vor diesem Hintergrund den „Utopiegehalt“ der aktuellen Wohnungspolitik kritisch ins Blickfeld zu nehmen: es verändert sich zwar unsere städtische Lebenswelt in großer Geschwindigkeit. Die politisch-administrative Reaktion hierauf vollzieht sich aber immer noch im Wesentlichen unter traditionellen, technokratischen und bürokratischen Gesichtspunkten. Dies, obwohl der Leidensdruck der Wohnungsbauunternehmen immer größer und die Abstimmung der Mieter mit dem „Möbelwagen“ immer offenkundiger wird.

Aus wohnungspolitischer Perspektive liegt verfügbarer Wohnraum heute oftmals in den falschen Regionen. Der angebotene Wohnraum entspricht oftmals nicht mehr den Bedürfnissen und Interessen nachfragender Gruppen. Nicht zuletzt stößt das Gestaltungsinteresse vieler Haushalte bei vielen Wohnungsunternehmen auf breites Unverständnis. Auch können Wohnbaumodernisierungskosten, Kapitalzinsen oder Altschulden immer seltener von den einzelnen Wohnbauunternehmen getragen werden (Ohne ihre Organisation und ihre Angebote zu überprüfen, rufen viele Wohnbauunternehmen allzu schnell nach weiteren staatlichen Subventionen). Die Transparenz des Wohnungsmarktes ist – vor dem Wandel der Gesellschaft – nur gering. Nicht zuletzt verdeutlicht der wohnungspolitische Abschied des Staates von Belegungsbindungen, Fehlbelegungsabgaben oder von Zweckentfremdungsverordnungen eine Bewegung innerhalb der staatlichen Wohnungspolitik, die auch daher rührt, dass im Rahmen der Anwendung dieser Instrumente „soziale Brennpunkte“ entstanden, deren „sozialpädagogische Begleitung“ sich als äußerst kostenintensiv herausgestellt hat. Eine konzeptionelle Neuordnung der Wohnungspolitik ist aber gegenwärtig nicht erkennbar. Da sie möglicherweise vom Staat nicht zu erbringen ist, muss sie von anderen wohnungspolitischen Akteuren, wie den Konsumenten und der Wohnungswirtschaft selbst ausgehen.

5. Utopien bedeuten soviel wie Möglichkeiten?

Zur „Verwirklichung des Möglichen“ schreibt Robert Musil in seinem Roman „Der Mann ohne Eigenschaften“: „Utopien bedeuten ungefähr soviel wie Möglichkeiten; darin, daß eine Möglichkeit nicht Wirklichkeit ist, drückt sich nichts anderes aus, als daß die Umstände, mit denen sie gegenwärtig verflochten ist, sie daran hindern, denn andernfalls wäre sie ja nur eine Unmöglichkeit; löst man sie nun aus ihrer Bindung und gewährt ihr Entwicklung, so entsteht die Utopie“ (ders., 1952, S. 246). Entsprechend der Überlegungen von Ulrich Hommes ist dieses „UtopieKonzept“ noch einen Schritt zu konkretisieren: „In dem Maße, wie die Utopie sich am Ideal des vollendeten Leben bemißt, entfernt sie sich von der Chance ihrer Realisierung. Das Problem liegt danach in ihrem Bezug zur Geschichte. Nicht wie weit ein utopischer Entwurf über das Bestehende hinausgreift, ist das Entscheidende, sondern ob es überhaupt einen Weg dorthin gibt aus dem Bestehenden selbst hinaus, ob es sich bei dem, was die Utopie präsentiert, also um eine geschichtliche Möglichkeit handelt, oder um das Ende der Geschichte“ (ders., 1974, S. 1575). In dieser Perspektive möchte ich die These vertreten, dass Utopien heute beileibe nicht tot sind. „Souveräne KonsumentInnen auf dem Wohnungsmarkt“ stellen in der zivilen Tradition unserer Gesellschaft eine „Möglichkeit“ dar, deren Potenzial wir zukunftsorientiert nutzen sollten.

6. Blockaden der Arbeit an Utopien

In vielfacher Hinsicht ist gegenwärtig nicht nur unsere Utopiearbeit, sondern auch die Realisierbarkeit potenziell existierender „Utopien“ blockiert. Klaus Wahl hat sich – wie gesagt – eingehend mit Entstehung, Struktur und Folgen von Modernisierungsfallen und Modernisierungsblockaden im Alltag unserer Gesellschaft befasst. Zusammenfassend stellt er fest, dass – trotz überbordendem Wohlstand – zunehmend Hoffnungen auf ein selbstbestimmtes, Selbstbewusstsein verbürgendes Leben enttäuscht werden. Reaktionen auf die offenkundiger werdende Ungleichbehandlung von immer mehr Bürgern sind Verärgerungen, Frustrationen oder Kränkungen ihres Selbstwertgefühls. Sie können im Alltag von latenten Verweigerungen über Aggressionen bis hin zu offener Gewalt führen: „Viele Menschen scheiterten beim Versuch, an der Mehrung von Wissen, Wohlstand, Gesundheit, Liebe und Anerkennung teilzuhaben, mußten sich als Verlierer und Versager fühlen. Sie waren in die Kluft geraten zwischen dem Mythos, den universalisierten Verheißungen oder Inklusionsformeln der Moderne und ihrer gesellschaftlichen Wirklichkeit, die nach wie vor sozioökonomische und kulturelle Ungleichheit reproduziert und die innere wie die äußere Natur nur unvollkommen beherrscht – die Modernisierungsfalle“ (ders., 1989, S. 293). Zur Beschreibung der „Modernisierungsfalle“ konzentriere ich mich hier auf vier – miteinander verwobene – Aspekte: auf die technokratische, die büro-

kratische, die sozialstrukturelle und auf die ideologische Ebene der Blockade gesellschaftlichen Fortschritts.

Die technokratische Blockade

Nach Helmut Schelsky (1965, S. 439 ff.) trat in den letzten Jahrzehnten die Welt als wissenschaftlich-technische Konstruktion, als technisch Machbare und Berechenbare ins Zentrum unseres Lebensalltags. Dabei gewann sie Eigenleben. Ihr Vorbild ist nicht mehr die Natur. Dieses Eigenleben ist der Menschheit künstliches Werk (man vergegenwärtige sich dabei u.a. die Großwohnsiedlung Marzahn mitsamt ihrer Verwaltung). Mit anderen Worten: Der Mensch löst(e) sich vom Naturzwang ab, um sich seinen eigenen – und künstlich geschaffenen – Produktions-, Verteilungs-, Organisations- und Wohnzwängen zu unterwerfen. Dies unter Aspekten wie Funktionstrennung, industrieller Massenwohnungsbau, zonierendes Wohnumfeld, autozentrierte Erschließungssysteme oder energieverschwendende Ver- und Entsorgungssysteme. So produzierten wir die wissenschaftlich-technische Zivilisation nicht mehr nur als Technik, sondern zudem als Herrschaftsprinzip, als Technokratie. Vor diesem Entwicklungshintergrund prognostizierte H. Schelsky bereits in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts, dass durch die „Konstruktion der wissenschaftlich-technischen Zivilisation ein neues Grundverständnis von Mensch zu Mensch geschaffen wird, in welchem das Herrschaftsverhältnis seine alte persönliche Beziehung der Macht von Personen über Personen verliert, an die Stelle der politischen Normen und Gesetze aber Sachgesetzmäßigkeiten der wissenschaftlich-technischen Zivilisation treten, die nicht als politische Entscheidung setzbar und als Gesinnungs- oder Weltanschauungsnormen nicht verstehbar sind. Damit verliert auch die Idee der Demokratie sozusagen ihre klassische Substanz: an die Stelle eines politischen Volkswillens tritt die Sachgesetzmäßigkeit, die der Mensch als Wissenschaft und Arbeit selbst produziert“ (ders., a.a.O., S. 453).

D.h., ein in technischen Normen, Regeln und Prinzipien, planungsrechtlichen Geboten und Verboten oder in betriebswirtschaftlichen Kalkulationen und regelbefolgenden Verwaltungen geronnener technischer – an Effizienz und Effektivität ausgerichteteter – Wille tritt dem unmittelbaren menschlichen Willen (auch seiner Phantasiearbeit und seiner Utopieproduktion) gegenüber und reduziert ihn nicht ohne Erfolg auf technischbürokratische Machbarkeiten und Wünschbarkeiten. Diese Entwicklung erhält ihre gesellschaftliche Relevanz u.a. dadurch, dass insbesondere auch der Staat und die ihm nachgeordneten Verwaltungseinrichtungen sich zum technokratischen Staat deformieren: „Wenn der moderne Staat – so Schelsky, A.d.V. – in allen seinen Wirkungsweisen eine (...) Fusion mit der modernen Technik eingeht, dann muß er auch in seinem Wesen als universeller technischer Körper begriffen werden können“ (ders., a.a.O., S. 455).

Ziel staatlichen und quasistaatlichen Handelns – z.B. auf den Ebenen Stadt(teil)entwicklung und Wohnungspolitik – ist es dann,

die höchste Wirksamkeit der in ihm verfügbaren technischen Möglichkeiten zu garantieren. Städtisches Leben verkürzt sich – in dieser Perspektive – auf technische Fragestellungen, Richtwerte und Lösungen. In diesem Zusammenhang bedarf moderne (Macht)Technik keiner Legitimation. Mit ihr „herrscht man, weil sie funktioniert und solange sie funktioniert“ (die Kluft zwischen „Angebot und Nachfrage von Wohnraum“ oder zwischen „Wohnstandard und Wohnwunsch“ verweist heute darauf, dass dies nicht mehr der Fall ist). Sie bedurfte auch keiner anderen Entscheidungen als der nach technischen bzw. quantifizierbaren Regeln. Ein sich technokratisch verstehender Staat und seine nachgeordneten Institutionen entziehen, ohne 'antidemokratisch' zu sein, der Demokratie – im gebauten Raum – ihre Substanz. Nach Schelsky's Überlegungen können wissenschaftlich-technische Entscheidungen „keiner demokratischen Willensbildung unterliegen“, sie würden auf diese Weise nur ineffektiv“ (ders., a.a.O., S. 459). Demokratie – und vor diesem Hintergrund zu entwickelnde „demokratische Utopien“ – schrumpft resp. schrumpfen – entlang dieses in der Wohnungspolitik über weite Strecken soziale Wirklichkeit gewordenen Entwicklungsmusters – zum technokratisch-bürokratischen Staat bzw. Staatsapparat, zur technokratischen Planung, Kontrolle und Herrschaftsausübung.

Die bürokratische Blockade

Wohnungspolitische Entwicklungsmaßnahmen verlagerten sich in den zurückliegenden Jahrzehnten verstärkt in sich technokratisch strukturierte Verwaltungen des lokalen Staates, gemeinnütziger oder freier Wohnungsbauunternehmen. Vor den Aufgaben und der Machtfülle der planenden und ausführenden Verwaltung sowie starker Wohnraumnachfrage und nur geringen Angeboten sank nicht nur ihr Wissen über ihre Kunden und damit ihr Gestaltungspotenzial, sondern es entstand auch eine strukturelle Blockade bürgerschaftlicher Interessen.

Wieso dies, werden Sie sich fragen? Nach meinen Erfahrungen haben nicht nur kommunale, sondern auch gemeinnützige und private Verwaltungen äußerst stabile und eigensinnige Milieus entwickelt. Sie sind – von Ausnahmen abgesehen – geprägt durch vertikale Befehls- und Ausführungsstrukturen, durch mittelschichts- und aufstiegsorientiertes Planungs- und Entscheidungsverhalten sowie durch konservative Weltbilder, Phantasien von Ruhe und Ordnung und (tages-)politische Opportunismus (bedingt durch Ängste, nicht befördert oder entlassen zu werden). Bürokratische Organisationen werden nicht zuletzt bestimmt durch ein nur gering ausgeprägtes Interesse an sozialer Gerechtigkeit, innovativen Experimenten und demokratischen Aushandlungsprozessen. Obwohl sich in den meisten Kommunen einige wenige Fachleute auch mit dem „Möglichwerden bzw. Möglichmachen“ „konkreter Utopien“ befassen, scheitert ihre Arbeit in der Regel und per Saldo an den macht- und herrschaftssichernden Interessen und der Organisationsstruktur des politisch-administrativen Systems.

Dieses Dilemma untersuchte Hannah Arendt entlang der Begriffe „Handeln und Herstellen“: „Handeln“ vernetzt Bedürfnisse und Interessen im gesellschaftlichen Kontext. Über das „Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheiten“ (H. Arendt) werden „Individualität und Gesellschaftlichkeit“ im Handlungsprozess miteinander verwoben. „Handeln“ manifestiert sich in zweifacher Hinsicht: als „Gleichheit“ und als „Verschiedenheit“. Ohne Gleichheit gäbe es keine Verständigung, ohne Verschiedenheit bedürfte es des Handelns für Verständigung nicht (dies.,⁸ 1994, S. 164). „Handeln“, so zeigt es H. Arendt, verkehrte bzw. verengte sich in den zurückliegenden Jahrhunderten immer umfangreicher zur „Herstellung“ von Projekten, (Stadtentwicklungs- und Bebauungs-)Plänen, Verfahrens- und Benutzungsvorschriften etc. Das „Herstellen“ z.B. lokaler Siedlungsprogramme vollzieht sich zunehmend isoliert und nach technischen Regeln. In dieser Perspektive geht vielfach die Orts-, Raum- oder Sozialorientierung des Bezugsgewebes unserer Lebenswelt verloren.

H. Arendt verweist auf die „Zerbrechlichkeit menschlicher Angelegenheiten“ (dies., a.a.O., S. 180): „Allgemein gesprochen, handelt es sich nämlich immer darum, das Handeln der Vielen im Miteinander durch eine Tätigkeit zu ersetzen, für die es nur eines Mannes bedarf, der, abgesondert von den Störungen durch die anderen, von Anfang bis Ende Herr seines Tuns bleibt. Dieser Versuch, ein Tun im Modus des Herstellens an die Stelle des Handelns zu setzen, zieht sich wie ein roter Faden durch die uralte Geschichte der Polemik gegen die Demokratie, deren Argumente sich desto leichter in Einwände gegen das Politische überhaupt verwandeln lassen, je stichhaltiger und beweiskräftiger sie vorgetragen sind. Die Aporien des Handelns lassen sich alle auf die Bedingtheit menschlicher Existenz durch Pluralität zurückführen, ohne die es weder einen Erscheinungsraum noch einen öffentlichen Bereich gäbe. Daher ist der Versuch, der Pluralität Herr zu werden, immer gleichbedeutend mit dem Versuch, die Öffentlichkeit überhaupt abzuschaffen“ (dies.,⁸ 1994, S. 214 f.). Könnten in Zukunft an die Stelle von technokratisch verengten „Herstellungsprozessen“ umfangreicher Formen des „Handelns“ treten, könnten vermittelt über die Akzeptanz von Pluralität Utopien den öffentlichen Bereich, den Aushandlungsbereich „sozialer KonsumentInnen“ u.a. im Wohnbereich strukturieren.

Die sozialstrukturelle Blockade

Bezogen auf die Sozialstruktur unserer verstädterten Gesellschaft erscheint es immer weniger plausibel, von Ständen, Schichten oder Klassen zu sprechen. Vielmehr differenziert sich unsere Gesellschaft – entsprechend gesellschaftlicher Individualisierungs- bzw. soziokultureller Pluralisierungsschübe – in vielfältige Milieus (vgl. dazu P. Bourdieu, 1982; U. Beck, 1986; oder M. Vester u.a. 2001).

Das SINUSInstitut unterschied in einer Untersuchung im Jahr 2002 beispielsweise zehn gesellschaftliche Milieugruppen mit unterschiedlichen Wohnbedürfnissen. Skizziert wurden das konservative Milieu (5%), das traditionsverwurzelte Milieu (15%), das

nostalgische Milieu (6%), das etablierte Milieu (10%), das bürgerliche Milieu (16%), das konsummaterialistische Milieu (11%), das hedonistische Milieu (11%), das experimentalistische Milieu (7%), das moderne, performerische Milieu (8%) und das postmaterialistische Milieu (10%) (vgl. Sinus Institut, 2002). Wichtig scheint mir dabei zu sein, dass sich mit dem Wandel der Wertorientierungen, mit der Zunahme „selektiver Mobilität“ (vgl. H. Häußermann/A. Kapphan, 1998), mit sozialstrukturellen Ausdifferenzierungen und dem Auseinanderdriften milieuzentrierter Interessen auch die Utopiearbeit pluralisiert. Entsprechende Ideen, Inhalte und Prozesse werden vervielfältigt, menschliche Hoffnungen äußerst unübersichtlich und nur schwer bündelbar (vgl. H. Klages, 1984 oder Klages/Gensicke 1999). Aus partei- und bürokratieinternen Gründen reagieren Politik und Verwaltung auf diese Differenzierungspolitik selektiv. Längst hätten sie vor dem inneren Veränderungsprozess der Gesellschaft Leitlinien einer neuen Wohnungspolitik – zur Unterstützung innovativer Bürger – vorlegen müssen.

Die ideologische bzw. normative Blockade

Viele Verantwortung tragende KommunalpolitikerInnen und Fachleute in öffentlichen, halböffentlichen und privaten Verwaltungen kommen aus dem bürgerlichen Milieu, dem traditionsverwurzelten Milieu oder dem konsummaterialistischen und nostalgischen Milieu. Politische Entscheidungen bzw. Nichtentscheidungen entsprechen dabei häufig der dort verankerten Werthaltung. In diesem Zusammenhang verwies Hans Magnus Enzensberger bereits Mitte der 70er Jahre und neuerdings Barbara Ehrenreich in ihrer Arbeit „Angst vor dem Absturz“ (1992) auf die politikdefinierende Kraft und dabei sozialen Fortschritt verweigernde und utopische Energien blockierende Geisteshaltung aufstiegsorientierter „Kleinbürger“. Nach Enzensberger's Überlegungen ist das „Kleinbürgertum“ historisch eine schwankende Gruppe zwischen den historischen Ständen, Schichten und Klassen: Um in gesellschaftlichen Umbruchsituationen nicht in den Strudel des Abstiegs zu geraten, orientiert es sich in ihren Entscheidungen an über ihnen liegenden Schichten und Lebensstilgruppen.

Das „Kleinbürgertum“ verfügt – so H.M. Enzensberger – in allen hochindustrialisierten Gesellschaften über die kulturelle Hegemonie (uns z.B. vorzuschreiben, wie wir zu wohnen haben). Es ist zu einer Gruppe aufgestiegen, „die im massenhaften Maßstab die Lebensformen des Alltags produziert und für alle andern verbindlich macht. Sie besorgt die Innovation. Sie legt fest, was für schön und erstrebenswert gilt. Sie bestimmt, was gedacht wird. (...) Sie erfindet Ideologien, Wissenschaften, Technologien. Sie diktiert, was Moral und Psychologie bedeuten. Sie entscheidet darüber, was im sogenannten Privatleben 'läuft'. (...) Jede alternative Regung innerhalb unserer Kultur hat das Kleinbürgertum unverzüglich enteignet und absorbiert (...)“ (H.M. Enzensberger, 1976, S. 6). Diese These lässt sich auch am gescheiterten Prozess des „Möglichwerdens vieler Raumutopien“ belegen. Sie lässt

sich u.a. am Beispiel der „Boden- und Wohnreformprojekte“ der 20er und 30er Jahre dieses Jahrhunderts diskutieren, die im Laufe der Zeit ziel-, adressaten- und strukturverändernden Durchkapitalisierungs- und Durchstaatlichungsprozessen ausgesetzt wurden (vgl. S. Krätke, 1990, S. 269 ff.). Nicht zuletzt lässt sich diese These heute auch vor dem Hintergrund einer Vielfalt erfolgreicher Wohnprojekte vertreten, denen es noch verwehrt ist, Vorbild für eine sozial-, kosten- oder umweltverträgliche Wohnungspolitik „souveräner KonsumentInnen“ zu sein.

Um die vielfachen Blockaden gesellschaftlicher Utopiearbeit aufzubrechen und abzutragen, bedarf es nach meinen Erfahrungen u.a. des Zurückdrängens der technokratischen Entwicklungspolitik, des Aufbaus demokratischer und diskursiver Verwaltungsstrukturen, der dezentralen Vernetzung progressiver Akteure und der Brechung der kulturellen Vorherrschaft des exekutiven Kleinbürgertums nicht nur in staatlichen, sondern auch in gemeinnützigen und privaten Verwaltungen und Interessenvertretungen. „Souveräne KonsumentInnen“ könnten – gewährt man ihnen Spielraum – auf den Teilmärkten des Wohnungsmarktes ein verantwortungsbewusster Akteur werden.

7. Die „arbeitsgesellschaftliche Utopie“ verliert ihre gesellschaftliche Gestaltungskraft?

In seinem bereits erwähnten Vortrag „Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien“ vor dem spanischen Parlament im Jahr 1985 verwies J. Habermas darauf, dass die „arbeitsgesellschaftliche Utopie“ aus vielfältigen Gründen ihre „Überzeugungskraft“ eingebüßt hat (ders., 1985, S. 146 und U. Beck 1998). Diese Utopie entstand im Zentrum der kapitalistischen Industriegesellschaft im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert (vgl. J. Hirsch/R. Roth, 1986). In dieser Zeit entwickelten sich nicht nur die fordistischen Metropolen London, Paris oder Berlin, sondern – in ihnen – auch ungezählte (Wohn-)Raum-Utopien. Vernetzt mit der Universalisierung „kapitalistischer Lohnarbeit“ wurden sowohl Arbeitsplätze und zunehmend auch humane Arbeitsplätze, sowie im Zuge der „europäischen Arbeiterbewegung“ auch die „sozialgerechte Verteilung“ gesellschaftlich produzierter Werte erwartet. Damit sind aber die Elemente dieser „Utopie“ noch nicht erschöpfend dargestellt. Weiterhin sollten auch gesündere städtische Lebensverhältnisse, bessere Ausbildungsmöglichkeiten und Strukturen der gesundheitlichen Vorsorge eingerichtet werden (ich erinnere an das „Einküchenhausmodell“ u.a. in Wien). Auch damit nicht genug: Parallel zur Umverteilung gesellschaftlich produzierter Werte wurde langfristig auch ein breit gespanntes und eng geflochtenes Netz der Sozialen Sicherung verlangt, erkämpft und auch eingerichtet.

Sorgte die Schubkraft der „arbeitsgesellschaftlichen Utopie“ bis in die 70er Jahre des zurückliegenden Jahrhunderts – im Rahmen ihrer Umverteilungsleistungen – für relative soziale Sicherheit und materiellen Wohlstand, so verlor sie in den 80er und

90er Jahren – eingebettet in Individualisierungs- und Globalisierungsprozesse (vgl. W. Heitmeyer u.a., 1998) und die schwindende Gestaltungskraft fordistischer Regulationsweisen – an Überzeugungskraft: Produktivkräfte schlugen vielfach in Destruktivkräfte um. Betriebliche Arbeit konnte nicht ausreichend von ihrer entfremdenden und verdinglichenden Wirkung befreit werden. Massenwohnungsbau führte vermehrt zu Isolierung, Vereinsamung und sozialer Ausgrenzung. Planungs- und Organisationskapazitäten wurden – in ihrer technokratischen und bürokratischen Ausformung – vielfach zu Stör- und Risikokapazitäten (vgl. U. Beck 1995 und 1999). Und nicht zuletzt führt eine im egoistischen Verteilungskampf abschmelzende Sozialpolitik zunehmend auch zur Ausgrenzung in Not geratener Gruppen. Mit dieser in Stichworten dargestellten „Erschöpfung utopischer Energien“ wick das Interesse vieler Bürger, sich an der Gestaltung ihrer Zukunft unter den Bedingungen herrschender Gruppen und des ihnen zugänglichen Staatsapparates zu beteiligen, einem Rückzug ins Private und der Gestaltung persönlicher Interessen.

8. Vom „eigenen Leben“ souveräner Bürger

Das bisher nur ansatzweise eingelöste „Versprechen der Moderne“, ein „eigenes Leben“ führen zu können, verfestigte sich im Individualisierungsprozess unserer Gesellschaft insbesondere in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem Grundbedürfnis: Das Bedürfnis, welches sich im Geschmack äußert, meint immer deutlicher, eigenes Bedürfnis, Wissen, eigenes Wissen, Arbeit, eigene Arbeit, Einkommen, eigenes Einkommen, Wohn-, Arbeits- und Firmenräume meinen immer deutlicher erkennbar eigene Wohn- und Arbeitsräume.

Individualisierung entfaltet sich im Differenzierungsprozess moderner Gesellschaften. Bei ihrer Analyse stellt sich nun heraus, dass das „eigene Leben“ – im Sinn eines selbstbestimmten, allein dem Ich gehorchenden, souveränen Lebens – gar kein „eigenes Leben“ ist. Vielmehr ist es in einer „geradezu paradoxen Form der Vergesellschaftung“ (U. Beck, 1995, S. 9 ff.) mit sozialräumlichen Situationen (wie Lage und Qualität der Wohnung, Beziehung der Wohnung zum Arbeitsplatz, Ausstattung des Wohnquartiers mit sozialer, kultureller oder technischer Infrastruktur und Sozialstruktur eines Wohnbezirks) sowie gesellschaftlichen Institutionen (wie Arbeitsmärkten/Arbeitsämtern, Wohnungsteilmärkten/Wohnbauunternehmen/Wohnungsämtern, Banken, Betrieben, soziale Sicherungssysteme, Polizei, Kirche, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Universitäten, Opern oder Theater) verflochten.

„Eigenes Leben“ – an einem mir entsprechend scheinenden Ort, mit einem mir angemessenen Umfeld – erweist sich in seiner Aktionsräumlichkeit als komplexer denn je. Es ist eingesponnen in ein Netz der Abhängigkeiten und wird strukturiert nicht nur durch Einkommen und Bildung, sondern zunehmend auch durch ein aktives Organisations- und Aushandlungsgeschick (soziales

Kapital), sich in diesem Netzwerk aus Situationen und Institutionen zurechtzufinden. „Eigenes Leben“ ist somit immer umfangreicher, vielschichtiger und in Permanenz zur „Aktivität“ verpflichtet. Stecken wir den Handlungs-, Verantwortungs- und Gestaltungsrahmen „souveräner KonsumentInnen“ ab, so sollten wir dieses komplexe Wechselspiel aus gewünschter „Autonomie“ und notwendiger gesellschaftlicher „Abhängigkeit“ einbeziehen. Mit der schrittweisen Entfaltung „souveräner KonsumentInnen“ vervielfältigt sich aber unsere Gesellschaft von innen her. Das soziale, kulturelle und ökonomische Potenzial der dabei entstehenden Netzwerke und Versorgungsstrukturen bildet das Material einer zivilen Wohnungspolitik, die persönliche Stabilität, soziale Integration, räumliche Identität und gesellschaftlichen Wohlstand ermöglicht.

9. Zivilgesellschaft – Der Tanzboden souveräner KonsumentInnen auf dem Wohnungsmarkt.

Zivilität beschreibt den Korridor, in dem sich unsere Gesellschaft – in z.T. widersprüchlicher Form – entfaltet. Die Wurzeln zivilgesellschaftlicher Überlegungen liegen u.a. bei J. Locke, Montesquieu oder bei Tocqueville. Im Anschluss an Th. Hobbes beziehe ich an zentraler Stelle die Idee ein, wonach die Bürger, die sich als souverän empfindenden KonsumentInnen, dem – von ihnen eingesetzten – Staat Handlungs- und Gestaltungsmacht nur auf Zeit verleihen. Werden diese im bürgerschaftlichen Sinn nicht mehr zufriedenstellend gehandhabt, verändert die Bürgerschaft ihre Dispositionen. Das Konzept einer zivilen Gesellschaft meint demnach nicht nur ein bestimmtes Verhältnis zwischen Staat und Bürgerschaft, sondern auch die demokratische Kontrolle politisch-administrativer Entscheidungen – etwa auf den Ebenen Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft – in Bezug auf die Realisierung ihrer Interessen.

Etwas schwierig ist für uns der Einstieg in diese Diskussion, weil wir in der Regel nicht mit dem Begriff des „Zivilbürgers“, sondern mit dem des „Staatsbürgers“ arbeiten. Denken, Planen und Handeln werden nach dem Konzept der „Zivilgesellschaft“ aber nicht in erster Linie durch das Nadelöhr von Staat und Bürokratie, sondern über den Bürger eingefädelt. „Zivilgesellschaft“ beschreibt in dieser Diskussion den Entfaltungsraum privater Interessen und Initiativen. „Zivilgesellschaft“ wird nach Ulrich Rödel, Günter Frankenberg und Helmut Dubiel „kritisch jeder Herrschaft entgegengestellt, die politische Kommunikationsrechte beschränken möchte und muß“ (A. Demirovic, 1991, S. 49). Dabei meint „Zivilgesellschaft“ kein „verfassungsrechtliches Minimum“, sondern eine „historisch offene soziale Sphäre“ (V. Gransow, 1990, S. 243). Die moderne „Zivilgesellschaft“ wird „autonom und handlungsfähig“, soweit sie eine „eigenständige öffentliche Sphäre des Politischen“ herausbildet und sichert (U. Rödel u.a., 1989, S. 90). Aber erst „mit der Selbst-Erklärung der Menschenrechte und der wechselseitigen Zuerkennung des Rechts, Rechte zu haben, instituiert sich die



Gemeinsames Wohnen am Betzenberg, Kaiserslautern



Kosten- und flächensparendes Bauen, Ludwigsburg/Rotbäumlesfeld



Modernisierung in Selbsthilfe, Breul/Münster

Zivilgesellschaft als eine handlungsfähige und konfliktintensive Pluralität, die in der Lage ist, die öffentliche Sphäre gegenüber der (traditionellen, A.d.V.) Macht zu behaupten“ (dies., 1989, S. 106).

Gemeint sind hiermit nicht nur die Rechte privilegierter, sondern insbesondere auch diejenigen von marginalisierten und ausgegrenzten Gruppen. Gemeint sind die Rechte auf politische Teilhabe, unversehrte Umwelt, auf adäquaten Wohnraum, Arbeit, Gesundheit oder lokale Identität: „Nichtanerkennung oder Verkenning kann Leiden verursachen, kann eine Form von Unterdrückung sein, kann den anderen in ein falsches, deformiertes Dasein einschließen“ (Ch. Taylor, 1993, S. 14). Und die Kehrseite der Medaille: „Anerkennung ist nicht bloß ein Ausdruck von Höflichkeit, den wir den Menschen schuldig sind. Das Verlangen nach Anerkennung ist vielmehr ein menschliches Grundbedürfnis“ (Ch. Taylor, a.a.O., S. 15).

Vor dem Hintergrund der Aushandlung und Legitimation bürgerschaftlicher Entscheidungen legte J. Habermas ein formalisiertes Konzept für Zivilgesellschaften vor, das die „Kommunikations- und Entscheidungsprozesse des rechtsstaatlich verfassten politischen Systems auf der Achse Zentrum-Peripherie anordnet, durch ein System von Schleusen strukturiert und durch zwei Arten der Problemverarbeitung“ kennzeichnet (ders., 1992, S. 429 f.). Das „Zentrum“ besteht dabei grob gesagt aus Staat und Staatsapparat, die „Peripherie“ aus den Institutionen der Gesellschaft und die „zwei Arten der Problemverarbeitung“ aus der „Entwicklung bindender Entscheidungen“ und der „Legitimation von Entscheidungen“: Die Zivilgesellschaft kann – so J. Habermas in der Publikation „Faktizität und Geltung“ „unmittelbar nur sich selbst transformieren und mittelbar auf die Selbsttransformation des rechtsstaatlich verfaßten politischen Systems einwirken. Im übrigen nimmt sie Einfluß auf dessen Programmierung. Aber sie tritt nicht 'an die Stelle' eines geschichtsphilosophisch ausgezeichneten Großsubjekts, das die Gesellschaft im ganzen unter Kontrolle bringen und zugleich legitim für diese handeln sollte“ (J. Habermas, 1992, S. 450).

Mit dem sozialen, politischen und prozesshaften Konzept der „Zivilgesellschaft“ wird ein „Möglichkeitsraum“ angeregt, in dessen Rahmen „souveräne Konsumenten“ auf den Wohnungsteilmärkten ihre innovativen und kreativen Interessen freisetzen können.

Ausblick: Der zivilgesellschaftliche Umbau verstädterter Lebensräume, ein Netzwerk souveräner Projekte?

Der „zivilgesellschaftliche Möglichkeitsraum“ als Tanzboden „souveräner KonsumentInnen“ wurde auf der ökonomischen, sozialen und politischen Ebene, auf der Selbstbestimmungs- und Menschenrechtsebene, der Ebene des „Rechts, Rechte zu haben“ – im Sinne von Hannah Arendt – formuliert. Nach meinen Erfahrungen liegen hier einerseits Bausteine bereit, mit denen

der „Möglichkeitsraum souveräner KonsumentInnen“ auf dem Wohnungsmarkt mit Leben erfüllt werden könnte. Von Wichtigkeit scheint mir dabei andererseits der Einbezug einer Verantwortungsethik (vgl. H. Jonas), die sowohl soziokulturelle, ökonomische und ökologische als auch subjektzentrierte Aspekte berücksichtigt. In der Tiefe städtischer Lebenswelten könnte dies bedeuten,

- a) souveränen KonsumentInnen im privaten und individuellen Wohnbereich Spielräume für ihren persönlichen Geschmack und ihre individuellen Bedürfnisse einzuräumen,
- b) im Quartier eine Vielzahl an Verkehrs-, Arbeits- und Wohnformen, der baulichräumlichen Gestaltung sowie des Auslebens milieuspezifischer Lebensstile basisdemokratisch zu organisieren,
- c) auf der Bezirksebene technische, politische, soziokulturelle und ökonomische Infrastrukturen nach parlamentarischen Aushandlungsregeln so zu garantieren, dass die Entfaltungsmöglichkeiten souveräner KonsumentInnen gestärkt werden.
- d) Nicht zuletzt trägt die Stadt- und Landespolitik in aktiver und demokratischer Form dafür Verantwortung, dass globale Entwicklungen der Gesellschaft und lokale Interessen der Bürger zukunftsorientiert in Einklang bleiben (vgl. R. Forst, 1994).

Souveräne KonsumentInnen haben inzwischen auf fast allen relevanten Ebenen der Wohnungspolitik wegweisende Projekte vorgelegt. Ich erinnere nochmals an Projekte bodensparenden, kosten- und energiesparenden Bauens, an Wohnprojekte, die verschiedene Alters- und Kulturgruppen zu integrieren versuchen, an Wohnprojekte, die – von der Miete, über das Gemeinschaftseigentum bis zum Privateigentum – mit unterschiedlichen ökonomischen Verfügungsformen experimentieren, oder ich erinnere an Wohnformen, die versuchen Arbeit, Wohnen, Freizeit und Kultur in zukunftsweisender Form zu vernetzen. Nicht zuletzt sei – mit H. Arendt – an neue Kulturen der Wohnraumverwaltung im Sinn der Nutzer erinnert.

Auf der Experimentierebene bestehen heute also keine Defizite.

Wo liegen somit die Blockaden, wenn sich lokale Fortschritte nicht auch in regionale, nationale und globale Fortschritte in der Wohnungspolitik umsetzen? Nach meinen Erfahrungen liegen sie bei den Verantwortlichen für die Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft dergestalt, dass sie nicht sensibel genug versuchen, die differenzierter werdende Nachfragestruktur ihrer Klientel, das Interesse an Eigentumbildung (Bildung von Identität, Lokalität und Sicherheit) und den Wunsch ihrer Beteiligung (der Selbstgestaltung) einbeziehen. Nicht zuletzt sollten die VertreterInnen von Wohnungspolitik, Wohnungswirtschaft und Wohnungsverwaltung überflüssige (Lenkungs)Macht abgeben und auf ungerechtfertigte Kontrollen des Privatbereichs der Bürger verzichten.

Festzuhalten bleibt, dass in unserer Gesellschaft ausreichend Kapital, Ideen und Projektträger vorhanden sind, im Interesse souveräner werdender KonsumentInnen auf dem Wohnungsmarkt

den sozialen, politischen und ökologischen Umbau der Gesellschaft – als „Großprojekt der vernetzten 1000 souveränen Projekte“ – beschleunigt fortzusetzen. Das Recht hierzu haben auch die KonsumentInnen von Wohnraum. Sie sollten versuchen, die aus Macht, Herrschaft und Gewalt errichteten gesellschaftlichen Blockaden, Versorgungsdefizite und Bevormundungen abzubauen, um – in den Worten von R. Musil – die aktuell gesellschaftlichen Möglichkeiten Wirklichkeit werden zu lassen. In seiner Arbeit „Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie“ meint Michael Walzer (1992, S. 97): „Die zivile Gesellschaft ist ein Projekt von Projekten. Sie verlangt viele Organisationsstrategien und neue Formen staatlichen Handelns. Sie erfordert eine neue Empfänglichkeit für das, was lokal, spezifisch und kontingent ist, und vor allem ein neues Bewußtsein davon (...), daß das gute Leben im Detail liegt“.

Literaturangaben:

- ARENDDT, H., *Vita Activa oder Vom tätigen Leben*, München ⁸1994.
- BECK, U., *Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt/Main 1986.
- BECK, U./E. BECK-GERNSHEIM, *Individualisierung in modernen Gesellschaften – Perspektiven und Kontroversen einer subjektzentrierten Soziologie*, in: dies., Hrsg., *Risikante Freiheiten*, Frankfurt/Main 1994.
- BECK, U. u.a. (Hg.), *eigenes leben*, München 1995.
- BECK, U., *Risiko Stadt*. In: U. Schwarz, (Hg.), *Risiko Stadt*, Hamburg 1995.
- BECK, U., *Schöne neue Arbeitswelt*, Frankfurt/Main 1999.
- BOLLEREY, F., *Architekturkonzeptionen der utopischen Sozialisten – Alternative Planung und Architektur für den gesellschaftlichen Prozeß*, Berlin 1991.
- BOURDIEU, P., *Die feinen Unterschiede*, Frankfurt/Main 1982.
- BREUSTEDT-STIEPELMANN, B., u.a., *Bürger bauen mit*. In: vhw Forum Wohneigentum, Heft Nr. 4, Bonn 2001, S. 206-210.
- BUND/Misereor (Hg.), *Zukunftsfähiges Deutschland*, Basel u.a. 1996.
- CONRADI, P./CH. ZOPEL, *Wohnen in Deutschland*, Hamburg 1994.
- Enquête – Kommission des Deutschen Bundestages (Hg.), *Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft*, Bd. 1.
- DER SPIEGEL, *Schleichen statt Leichen*, Heft Nr. 45, Hamburg 1991.
- DEMIROVIC, A., *Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit, Demokratie*, in: *Das Argument – Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften*, 33. Jg., Heft Nr. 185, Berlin 1991.
- EHRENREICH, B., *Angst vor dem Absturz – Das Dilemma der Mittelklasse*, München 1992.
- ENZENSBERGER, H.M., *Von der Unaufhaltsamkeit des Kleinbürgers*, in: *Kursbuch*, Heft Nr. 45, Berlin 1975.
- FELDTKELLER, A., *Die zweckentfremdete Stadt*, Frankfurt/Main ²1995.
- FORST, R., *Kontexte der Gerechtigkeit*, Frankfurt/Main 1994.
- GÄBNER, H. u.a. (Hg.), *Die Konstruktion der Utopie – Ästhetische Avantgarde und politische Utopie in den 20er Jahren*, Marburg 1992.
- GRANSOW, V., *Zivilgesellschaft und demokratische Frage*, in: *Das Argument – Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften*, 32. Jg., Heft Nr. 180, Berlin 1990.
- GRUNER, M., *Arbeiten und Wohnen im alten Fabrikgebäude*, in: *BundesBauBlatt*, Heft Nr. 2, Berlin 2002, S. 26 f.
- HABERMAS, J., *Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien*, in: ders., *Die Neue Unübersichtlichkeit*, Frankfurt/Main 1985.
- HABERMAS, J., *Faktizität und Geltung*, Frankfurt/Main 1992.
- HALL, P./U. Pfeiffer, *Urban Future 21*, London 2000.
- HEISE, P., *Nachhaltigkeit von Weltausstellungen am Beispiel der EXPO 2000 in Hannover*. Unveröffentlichte Dissertation, Dortmund 2002.
- HEITMEYER, W., u.a. (Hg.), *Die Krise der Städte*, Frankfurt/Main 1998.
- HILPERT, T., (Hg.), *Le Corbusiers 'Charta von Athen' – Texte und Dokumente – Kritische Neuausgabe*, Braunschweig ²1988.
- HIRSCH, J./R. ROTH, *Das neue Gesicht des Kapitalismus – Vom Fordismus zum Post-Fordismus*, Hamburg 1986.
- HOMMES, U., *Utopie*, in: *Handbuch philosophischer Grundbegriffe*, hrsg. von H. Krings u.a., Band Nr. 6, München 1974.
- HRADIL, S., *Postmoderne Sozialstruktur? Zur empirischen Relevanz einer 'modernen' Theorie sozialen Wandels*, in: ders., P.A. Berger, *Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile*, Sonderband Nr. 7 der *Sozialen Welt*, Göttingen 1990, S. 125150.
- IBA/Emscher Park Informationen, (Hg.), *50 Architektinnen schickten Entwürfe für Frauenbauprojekt*, Heft Nr. 9, Gelsenkirchen 1990.
- JENKIS, H., *Sozialutopien – barbarische Glücksverheißungen? Zur Geistesgeschichte der Idee von der vollkommenen Gesellschaft*, Berlin 1992.
- JONAS, H., *Das Prinzip Verantwortung – Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*, Frankfurt/Main 1984.
- KIEß, W., *Urbanismus im Industriezeitalter – Von der klassizistischen Stadt zur Garden City*, Berlin 1991.
- KLAGES, H., *Wertorientierungen im Wandel*, Frankfurt/Main 1984.
- KLAGES, H./TH. GENSICKE, *Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert*, Speyer 1999.
- KONDRATIEFF, N.D., *Die langen Wellen der Konjunktur*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Band Nr. 56, Tübingen 1926.
- KREIBICH, R., u.a. (Hg.), *Bauplatz Zukunft*, Essen 1994.
- KRUFT, H.W., *Städte in Utopia – Die Idealstadt vom 15. bis zum 18. Jahrhundert*, München 1989.
- MUSIL, R., *Der Mann ohne Eigenschaften*, Hamburg ⁶1965 (zuerst 1952).
- NIPPERDAY, TH., *Die Funktion der Utopie im politischen Denken der Neuzeit*. In: *Archiv für Kulturgeschichte*, Heft Nr. 44, 1962.
- OFFE, C., *Die Utopie der Null-Option – Modernität und Modernisierung als politische Gütekriterien*, in: J. Berger, (Hg.), *Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren*, Sonderband Nr. 4, *Soziale Welt*, Göttingen 1986.
- PUTNAM, R.D. (Hg.), *Gesellschaft und Gemeinsinn*, Gütersloh 2001.
- RODEL, U./G. Frankenberg/H. Dubiel, *Die demokratische Frage*, Frankfurt/Main 1989.
- SCHELSKY, H., *Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation*, in: ders., *Auf der Suche nach der Wirklichkeit*, Düsseldorf u.a. 1965.
- SCHMALS, K.M., *Stadtpolitik und Stadtgestaltung in der Krise*, in: *Risiko Stadt*, (Hg.) von U. Schwarz, Hamburg 1995, S. 202-215.
- SCHMALS, K.M. (Hg.), *Vor 50 Jahren... auch die Raumplanung hat eine Geschichte!*, Dortmund 1997.
- SCHMALS, K.M., *Die zivile Stadt*, in: M. Wentz, (Hg.), *Die kompakte Stadt*, Frankfurt/Main 2000, S. 30-46.
- SCHMALS, K.M., *Souveräne KonsumentInnen in einer zivilen Stadtgesellschaft*, in: vhw Forum Wohneigentum, Heft Nr. 4 August/September 2001, S. 173-179.
- SCHMALS, K.M., *Aktivierungsstrategien für das Wohnen in der Zivilgesellschaft*, in: vhw Forum Wohneigentum, Heft Nr. 5, Oktober/November 2001, S. 252-257.
- SCHULZE, G., *Millieu und Raum*, in: P. Noller u.a., Hg., *Stadt-Welt – Über die Globalisierung städtischer Milieus*, Frankfurt/Main 1994.
- SEGIN, B. u.a., *Das Genossenschaftsprojekt Rheinpreußensiedlung*, Darmstadt 1984.
- SINUS-Institut, *Sinus-Milieus*, Heidelberg 2002.
- STREHLAU, W., *Plattenbaulmage abgelegt*, in: *Bundes-Bau-Blatt*, Heft Nr. 1, Berlin 2002, S. 28 f.
- TAYLOR, CH., *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Frankfurt/Main 1993.
- VESTER, M. u.a., *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Frankfurt/Main 2001.
- vhw (Deutsches Volksheimstättenwerk e.V.) (Hg.), *Mehr Transparenz auf dem Wohnungsmarkt*, Berlin 1999.
- VOßKAMP, W., *Einleitung*, in: ders., (Hg.), *Utopieforschung*, 3 Bde., Frankfurt/Main 1985.
- WAHL, K., *Die Modernisierungsfalle – Gesellschaft, Selbstbewußtsein und Gewalt*, Frankfurt/Main 1989.
- WALZER, M., *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*, Berlin 1992.

Prof. Dr. Klaus Schmals,

Lehrstuhl für Soziologie, Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund